die WELLENBRECHER

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE.Nordwestmecklenburg — Ausgabe 12 - Februar 2013

Mindest Lohn

Mindestlohn für alle...

Der Wahlkampf steht vor der Tür - zum Thema Mindestlohn eine Argumentation von Roland Kargel und Horst Krumpen auf... Seite 4

»Wer hat Angst vor wem?«

Für links engagierte Menschen stand das Wochenende 12./13. Januar im Zeichen der Rosa Luxemburg Konferenz der „jungen Welt“. Seite 6

Jahresauftakt 2013

Nur mit einer starken LINKEN wird sich etwas ändern!

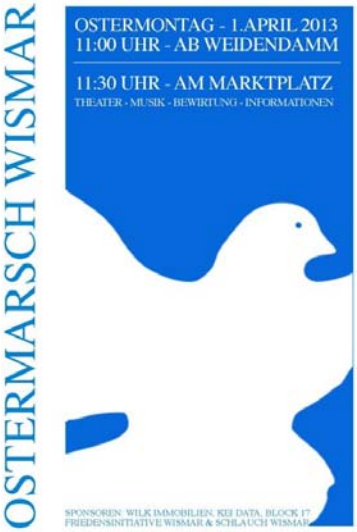
Der Stadtverband DIE LINKE Wismar mit seinen drei Basisorganisationen lud unter dem Motto „Die Rente ist sicher? oder der Wortbruch der Kanzlerin!“ zum Jahresauftakt 2013 in das Brauhaus am Lohberg in Wismar ein. Zahlreiche GenossInnen und Interessierte folgten dieser ersten Einladung im neuen Jahr.

Der Vorsitzende der BO Altstadt, Michael Deppe, begrüßte die Anwesenden sowie die Referentin, MdB Dr. Martina Bunge, die als gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und langjährige Rentenexpertin im Wahljahr besonders gefordert ist und die erneut kandidiert.

Horst Krumpen als stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbandes stimmte die Anwesenden auf das Wahljahr 2013 ein. Er analysierte in einem engagierten Redebeitrag die Ausgangssituation sowohl der LINKEN als auch der anderen Parteien, die sich 2013 zur Wahl stellen. Besonders kritisch ging er auf die SPD ein, die mit ihrem Geschachere um die Finanzen zu verantworten hat, dass auf die Kommunen und damit die Menschen im Land trotz geringer eigener Einkünfte ständig steigende Belastungen zukommen. Im Hinblick auf den Hauptgegner, die CDU, machte er deutlich, dass es auf uns LINKE ankomme, die populistischen Versuche der Regierung, alle Themen scheinbar offensiv anzugehen, endlich zu entlarven. Er verwies darauf, dass es DIE LINKE war, die beharrlich mit Themen wie Praxisgebühr, Mindestlohn und Finanztransaktionssteuer eine gesellschaftliche Debatte ausgelöst und damit ein Umdenken im Handeln selbst dieser Regierung herbeigeführt hat. Mit seinem Hinweis auf das bei der letzten Wahl von der Kanzlerin gegebene Versprechen, die Ostrenten anzupassen - ohne dass diesen Worten dann auch Taten folgten - leitete er zu Martina Bunge über, die die Vorlage aufgriff, um die Situation der Rentnerinnen und Rentner gerade in den neuen Bundesländern zu beleuchten.

Martina Bunge führte aus, dass sie nach nunmehr fast zwanzig Jahren, in denen sie sich mit dem Thema Renten beschäftigt, neben dem Abgeordneten Ottmar Schreiner, die Einzige sei, die das Thema überhaupt noch in seiner Vielschichtigkeit und Komplexität durchschauen könne. Am Beispiel einiger kleiner Gruppen von heutigen Rentnern, u.a. an den in der DDR sogenannten mithelfenden Familienangehörigen, machte sie klar, was es für diese Menschen bedeutete, dass mit der Vereinigung die Lebensleistungen aus DDR-Zeiten gewissermaßen über Nacht gestrichen wurden, da die damals entstandenen Rentenansprüche einfach ignoriert wurden. Sie führte aus, dass DIE LINKE im Bundestag zahlreiche Anträge eingebracht hat, um die Lebensleistung dieser Menschen mit zum Teil erschreckend gebrochenen Erwerbsbiographien zu würdigen. Martina Bunge erläuterte dann ausführlich, wie es um das derzeitige Rentenniveau bestellt ist. Die Rente derer, die im Osten im Jahr 2011 in Rente gingen, ist soweit abgesunken, dass heute bei vielen Rentnerinnen und Rentnern bereits ein Anspruch auf Grundsicherung besteht, obwohl ausreichend Jahre

(Fortsetzung auf Seite 2)



Liebe Freunde, Mitstreiter und Unterstützer,

der Ostermarsch 2013 der Friedensinitiative Wismar ist angemeldet.

Am Ostermontag, den 01. April gehen wir für den Frieden und gegen Kriegseinsätze auf die Straße. Statt den Krieg in Afghanistan zu beenden, stehen wir mit der neuen Intervention in Mali vor dem nächsten Kriegseinsatz der Bundeswehr. Und das auch noch ohne Legitimation des Bundestages...

Die Friedensinitiative Wismar möchte Euch zur Unterstützung unserer Aktion aufrufen. Verbreitet das Plakat, als Handzettel oder Aushang, bringt Eure Ideen mit ein. Seid mit Eurem Verein auf dem Friedensfest am Markt in Wismar dabei.

Gegen Gewalt und Krieg - überall.

Friedensinitiative Wismar
Michael E. Deppe

LAG Innerparteiliche Kommunikation:

Aufruf zu einer Landesbasiskonferenz

Ist Sozialpolitik noch das Kernthema der LINKEN in MV?

am 04. März um 17:00 Uhr
im Kulturhaus Teterow, Niels-Stensen-Str. 1

Besuch bei nordwestmecklenburger Genossinnen und Genossen

Nachdem in 2012 bereits eine Abordnung von LINKEN Mitgliedern des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg die Lübecker Fraktion der LINKEN besucht hatte und gemeinsam mit den Lübecker Genossinnen und Genossen über Möglichkeiten der kommunalpolitischen Zusammenarbeit diskutiert hatte, stattete eine Abordnung aus Fraktion und Verband der Lübecker LINKEN am 17. Dezember dem Kreisverband NWM einen Gegenbesuch in Wismar ab.

Nach einem offiziellen Empfang in der Geschäftsstelle besuchte man gemeinsam das Wismarer Rathaus und ließ den Abend anschließend gemeinsam gemütlich ausklingen.

Aber auch inhaltlich widmete man sich gemeinsamen Anknüpfpunkten. So hatte die Fraktion der LINKEN im Kreistag Nordwestmecklenburg im November einen Antrag eingebracht, der dem Ziel diente eine bessere bahntechnische Anbindung an die Metropol-Region Hamburg zu erreichen, indem man den Kreistag aufforderte, dass man sich für einen Lückenschluss der Schienenverbindung Rehna-Schönberg stark macht um darauf hinzuwirken, dass dieser in den integrierten Landesverkehrsplan Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen wird.

Nach intensiven Gesprächen über dieses Thema entschloss man sich seitens der Lübecker Fraktion der LINKEN dazu dieses Ansinnen auch in der Lübecker Bürgerschaft zu unterstützen.

Damit intensivieren die Lübecker LINKEN die Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen aus NWM, die man bereits im Oktober durch aktive personelle Unterstützung des Bündnisses “Wismar nazifrei!“ begonnen hatte.

(Quelle: PM Die Linke Lübeck)

Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Jahr 2013

Erinnern Sie sich an den „Mynheer van Koek“, Literaturunterricht Klasse 8? Der von Heinrich Heine beschriebene Sklavenschiff-Eigner hatte sich im Überlebensfall der Hälfte seiner 600 afrikanischen Sklaven gerade 800 Prozent Profit errechnet, als er vom Schiffarzt erfuhr, viele Schwarze seien verstorben. Es sei besser, sie an der frischen Luft tanzen, als unter Deck verrecken zu lassen. Der Kaufmann sah dies sofort ein, veranlasste die Sklaven unter Peitschenhieben zu tanzen und flehte den Herrgott an:

»Verschone ihr Leben um
Christi will'n,
Der für uns alle gestorben!
Denn bleiben mir nicht
dreihundert Stück,
So ist mein Geschäft
verdorben.«

Heine war längst verstorben, als sein Freund Marx zwölf Jahre nach dem Erscheinen im 1. Band des „Kapitals“ das berühmt gewordene Zitat über das Kapital und seine Sehnsucht nach Profit platzierte, das „für 100 Prozent ... alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß (stampft)“ und bei dem bei „300 Prozent Profit kein Verbrechen existiert, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens“.

Diese und andere Texte aus 2300 Jahren Zivilisation waren Teil eines literarischen Streifzugs, den der Schauspieler Rolf Becker temperament- und eindrucksvoll am 14. Januar 2013 im Wismarer Zeughaus unternahm. Mehr als 100 Gäste dieses Gemeinschaftsabends der Freundeskreise der Stadtbibliothek sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigten sich am Ende der Lesung äußerst nachdenklich und beeindruckt.

Ein gelungener Auftakt für das politische Bildungsangebot der RLS in Wismar- Nordwestmecklenburg. Neun weitere vom Freundeskreis geplante Veranstaltungen wird es bis Juni in Wismar, Schönberg, Gadebusch und Grevesmühlen geben. Sie widmen sich dem sozialökologischen Umbau (21.2. Prof. Wolfgang Methling im TGZ), der Rentenpolitik (Dr. Martina Bunge in Schönberg und in Wismar) oder internationalen Dingen, wie der russischen Politik (Kay Ehlers am 3. April im Filmbüro), dem Europäischen Wirtschaftssystem (Prof. Christa Luft am 15. Mai im Wismarer Filmbüro und am 16. Mai in Grevesmühlen) oder persönlichen Eindrücken von der chinesischen Wirtschaft und anderen Wundern (Landolf Scherzer am 14. Juni in Gadebusch). Aus Anlass des Internationalen Frauentags stellt Prof. Erika Maier zwölf Biografien von Frauen aus Ost und West am 6. März im Volkskundemuseum Schönberg und am 7. März im Café Lissy in Wismar vor.

Darüber hinaus führt die RLS gemeinsam mit einem Kreis interessierter Jugendlicher politische Bildungsveranstaltungen im „Tikocigalpa“ durch bzw. fördert weitere Jugendbildungsvorhaben in Wismar und in Gadebusch.

Eine Fortsetzung der Kooperation mit der Stadtbibliothek gibt es am 9. August im Zeughaus mit einem Vortrag von Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer. Näheres zum RLS-Programm findet sich unter: www.mv@rosalux.de.

In all(t)er Freundschaft

Dr. Michael Herms,
Geschäftsführer der RLS MV

Jahresauftakt 2013 - Nur mit einer starken LINKEN wird sich etwas ändern!

(Fortsetzung von Seite 1)

im Beruf gearbeitet wurden. Sie stellte für DIE LINKE die Forderung, dass die alte Rentenformel vor Einführung der Riesterrente wiederhergestellt werden müsse. Für die Zukunft stellte sie das Rentenmodell der LINKEN vor, welches nach der heute gültigen Forderung zu einer Rente von mindestens 900 € führen müsse. Nach den Parteitagsbeschlüssen von Göttingen soll es jedoch in Zukunft eine Mindestrente von 1050 € geben; das jedoch erfordere eine Anhebung des Mindestlohns über den bisher geforderten Satz von 10 €. Zur Anhebung der Ostrenten auf Westniveau erläuterte sie noch einmal, wie die Bundesregierung auf eine diesbezügliche Anfrage der LINKEN reagiert hat, als diese an das entsprechende Wahlversprechen der Kanzlerin von 2009 erinnerte. In ihrer Antwort teilte der Ostbeauftragte Bergner mit, zum jetzigen Zeitpunkt, also mehr als zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung, sei die Umsetzung noch zu schwierig - mithin ein klarer Wortbruch der Kanzlerin.

Auch mit der SPD ging Martina Bunge in dieser Frage hart ins Gericht, zwar verspreche die SPD die Anhebung der Renten auf Westniveau, aber um den Preis, dass die derzeitige Höherbewertung der Rentenentgeltpunkte der gegenwärtig arbeitenden Beschäftigten im Osten entfallen solle. Unter dem Strich schlage die SPD also vor, den jetzigen Rentnern im Osten mehr zu zahlen zu Lasten der kommenden Rentner Ost, die aufgrund des immer noch bestehenden Lohngefälles im Alter mit einer deutlich niedrigeren Rente rechnen müssten.

Zum Ende ihres Vortrages ging Martina Bunge noch einmal auf den bevorstehenden Wahlkampf ein und bat alle Anwesenden um tatkräftige Unterstützung ihrer Kandidatur. Sie rief alle dazu auf, dafür zu kämpfen, die manchmal unbequemen aber klaren Botschaften der LINKEN in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass DIE LINKE auch im nun größeren Wahlkreis wieder ein Ergebnis erringen werde, mit dem sie in Berlin auch künftig denen eine Stimme geben kann, die sonst keine Lobby haben.

In der sich anschließenden Diskussion gab es etliche Fragen der rund dreißig Anwesenden sowohl zur Rentenproblematik, als auch zu anderen Themen, die von Martina ausführlich beantwortet wurden. Michael Deppe dankte zum Schluss den Besucherinnen und Besuchern und kündigte an, dass die BO Altstadt im Wahljahr jeden zweiten Donnerstag im Monat um 18 Uhr eine offene Runde veranstalten wird, in die sich jeder einbringen könne, der an linker Politik interessiert sei.

Horst Krumpen / Michael Deppe

Schwerpunkte des Halbjahres bestimmt

Liebe Genossinnen u. Genossen, liebe Leser,

von Roy Rietentidt gut vorbereitet, konnte die Tagesordnung der 1. Sitzung 2013 zügig abgearbeitet werden. Dabei vergaß er nicht, im Namen des gesamten Kreisvorstandes der langjährigen Fraktionsvorsitzenden des Kreistages, Genossin Luise Krüger, zu ihrem 75. Geburtstag zu gratulieren. Luise ist auch heute noch Mitglied des Kreistages und voller Esprit bei der Lösung der dort anstehenden Aufgaben. Immer wieder wertvoll und zielführend sind ihre umfangreichen Kenntnisse im Bereich Haushaltspolitik. Glückwunsch u. Dankeschön, liebe Luise.

Zunächst berichtete der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Björn Griese, zu den Schwerpunktinhalten der jüngsten KT-Sitzung.

Er brachte die Empörung zum Ausdruck, dass das Sozialministerium des Landes mit recht fadenscheiniger Begründung die Fördermittel 2013 für die Schul-Sozialarbeiter unseres Kreises gestoppt habe. Konkret handelt es sich um Geld aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Nichtauszahlung dieser Mittel wurden mit einer unzureichenden Qualifikation der Schul-Sozialarbeiter begründet, ein Problem, welches nicht so einfach u. lapidar auf den Kreis zu verweisen ist, hat doch die Hauptverantwortung hierfür das Land selbst. Zudem sind die Sozialarbeiter in unserem Kreis gut aufgestellt und haben sich in den zurückliegenden Jahren bewährt und in diesem Prozess auch gut fortgebildet.

Unsere Landtagsabgeordnete, Simone Oldenburg, hat sich dieses Problems angenommen und wird als Mittlerin für eine Aussprache der Landrätin mit der Sozialministerin fungieren, um in diesem wichtigen schulpädagogischen Bereich „die Kuh vom Eis zu bringen".

Zu den Schwerpunkten der Arbeit im KT zählte, wie in jedem Jahr, der von der Kreisverwaltung vorgelegte Haushalt 2013, der eine inakzeptable Kreisumlage von 45,2 % vorsieht. Alle Kommunen des Kreises werden davon in einem unvertretbar hohen Maße betroffen sein. Ein Unding, wenn man bedenkt, dass dieser Haushalt ohne Eröffnungsbilanz und ohne ein akzeptables Haushaltskonsolidierungskonzept den Vertretern vorgelegt wurde. So fragt sich die Fraktion DIE LINKE, wo denn der Haushaltsüberschuss der Vorjahre und die Sicherheiten aus den Vermögensauseinandersetzungen geblieben sind? Die Vertreter des Kreisvorstandes raten der KT-Fraktion, diesem Haushaltsentwurf die Zustimmung zu verweigern.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung wurde der Arbeitsplan für das 1. Halbjahr 2013 mit den Aktionshöhepunkten Internationaler Frauentag, Stand der LINKEN zur Hanseschau, BO-Vors.-Beratung, Internationaler Tag der Arbeit am 1. Mai u. Initiativen zur Bundestagswahl im September 2013 beschlossen.

Eine breitere Diskussion gab es zu unserer Kreiszeitung „Wellenbrecher". Es wurde der Vorschlag unterbreitet, 1 x pro Jahr den „Wellenbrecher" als umfangreichere Sonderausgabe erscheinen zu lassen (z.B. 2013 vor der Bundestagswahl und 2014 vor den Kommunalwahlen).

Die nächste Beratung mit den BO-Vorsitzenden findet am 09. Februar 2013 statt. Die Einladungen werden dieser Tage mit Tagesordnungspunkten wie Aktionen zum Wahlkampf, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliedergewinnung, Aufstellung der Kandidaten für die Kommunalwahl 2014 u.a. verschickt.

Breit diskutierten die Vorstandsmitglieder die notwendigen Vorbereitungen für einen intensiven Wahlkampf zur Wahl des neuen Bundestages 2013. Da die Neugliederung der Bundestagswahlkreise die Kreisgrenzen überschreiten, machen sich eine oder mehrere Treffen/Abstimmungen zwischen den LK NWM, LK Parchim/Ludwigslust und LK Rostock erforderlich, um die einzelnen Aktionen zu koordinieren.

Der KV kam überein, den Termin für die nächste Gesamtmitgliederversammlung (mit der Neuwahl des Kreisvorstandes) auf den 20.04.2013 in Grevesmühlen festzulegen.

Wolfgang Griese

Makellose Manu?

Es ist schon ziemlich verwunderlich, welchen Umgang die Landesregierung mit den Kreisen, Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern pflegt. Vom CDU-Innenminister Lorenz Caffier ist man ja mittlerweile einiges gewohnt. Die Schuldigen bei der schleppenden Umsetzung seiner verkorksten Kreisgebietsreform hatte er ja ganz schnell in den lahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kreisverwaltungen ausgemacht. Kurz vor Weihnachten verschickte er noch einen Fragebogen an Kreistagsmitglieder, um deren Zufriedenheit mit der Umsetzung der Reform abzufragen – Rückmeldung bis 20.12., 0 Uhr! Nun hat er seine Landtagsfraktion auch noch dazu begeistert, dass sie in den Kreisen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einlädt, um mit ihnen über die Probleme der Kommunen zu sprechen. Ich bin ja gespannt, ob es daraus auch nur eine selbstkritische Schlussfolgerung geben wird. Vermutlich werden da wieder Oberbürgermeister_innen und Landrät_innen beschuldigt – bevorzugt von der LINKEN natürlich.

Aber einen noch viel schlimmeren Stil gibt es wohl bei Sozialministerin Manuela Schwesig, die ja am liebsten im September nach Berlin wechseln will. Daher ist Kritik an ihr verboten – zumindest scheint das bei SPD-Genoss_innen auf allen Ebenen der Fall zu sein. Kürzlich gab es Kritik aus Brüssel, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nicht richtig verwendet würden. Insbesondere bei der Jugendsozialarbeit gebe es in einigen Kreisen im Land große Abweichungen – im Landesschnitt über 3 %. Prompt gab es ein Schreiben des Sozialministeriums an die Kreise, in dem mit Auszahlungsstopp gedroht wurde.

Hintergrund: Bei Kontrollen gab es Beanstandungen durch die EU-Finanzkontrolle für die Jahre 2008 bis 2010 bei Nachweisen über die fachliche Eignung des geförderten Personals, Abrechnungsfehler bzw. nicht korrekte Stundennachweise. Die EU-Fondsverwaltung verfügte einen Auszahlungsstopp.

Ich frage mich, wozu gibt es das Sozialministerium eigentlich als Instanz zwischen EU und Kreisen? Die EU-Beamten hätten das Schreiben auch direkt an die Kreise schicken könnten. Aber: Nein! Das Ministerium hat ja stets die Unterlagen der Kreise geprüft, alle Einstellungen und Abrechnungen abgesegnet. Fast alle Beanstandungen beruhen auf relativ alten Arbeitsverträgen mit Jugendsozialarbeitern, die nach EU-Definition nicht die „richtige" Ausbildung haben, aber meist mittlerweile top qualifiziert sind – aber eben nicht den pädagogischen Abschluss haben.

In Rücksprache mit dem Sozialministerium war das bisher immer in Ordnung. Aber die makellose Manu kann ja nicht befleckt werden. Daher schnell nach unten weiter geben ... Auf Nachfragen der Linksfraktionen in den Kreisen und im Land erhielten wir die Antwort, dass entweder die Situation schon geklärt wurde oder momentan geklärt wird. Auch in Nordwestmecklenburg scheint alles „geregelt" zu werden. Wir bleiben dran und werden genau hinschauen, wo die makellose Manu noch „Verantwortung überträgt".

Björn Griese

Café Courage: Gesprächsgast am 21. Januar war der landwirtschaftliche Sprecher der Fraktion DIE LINKE Prof. Dr. Fritz Tack (MdL)

Die Taten von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe und die Mär von der Ahnungslosigkeit

Hätte der Mord an Mehmet Turgut am 25. Februar 2004 in Rostock verhindert werden können?

Welche Informationen lagen den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden über die vorangegangenen Morde in Nürnberg, Hamburg und München vor? Wer war wann für die Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an Mehmet Turgut zuständig?

Wann wurde die Sonderkommission „Kormoran“ gebildet und wie war diese personell ausgestattet?

Welche Fakten ermittelte die Sonderkommission und wann wurden diese Hinweise wem vorgelegt?

Welche Informationen lagen der Landesregierung und ihr nachgeordneten Ermittlungsbehörden über die Mitglieder des „NSU“ von 1989 bis November 2011 vor?

Welche Aktivitäten der Behörden erfolgten hinsichtlich der Mitglieder des „NSU“?

Welche Schlussfolgerungen hat die Landesregierung für die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden mit Blick auf den Rechtsextremismus und die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt gezogen?

Mit welchen Mitteln wurden Informationen über die untergetauchten Personen und Unterstützer gesammelt?

Haben Verfassungsschutz und Polizeibehörden des Landes die Pflicht über Erkenntnisse zu informieren? Welche Erkenntnisse lagen dem Verfassungsschutz und anderen Behörden über die Herausgeber, Autoren oder Leser der Neonazi-Zeitschrift „Der Weisse Wolf“ vor? Wie erfolgte durch den Verfassungsschutz die Auswertung der Zeitschrift „Der Weisse Wolf“ und welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Um endlich Licht in das Dunkel zu bringen, werden wir als Landtagsfraktion weiterhin alle Aktivitäten unterstützen, die auf eine umfassende und öffentliche Aufklärungsarbeit abzielen. Jeder hat ein Recht darauf, ausreichend informiert zu werden und nicht für dumm verkauft zu werden. Verschleierung, Verharmlosung, falsche Beschuldigungen und Desorganisation haben wahrscheinlich zu 10 Morden geführt. Wir fordern klare Aussagen, Erkenntnisse und vor allem ein Handeln der Landesregierung.

Simone Oldenburg

Mindestlohn für alle – trotz Haushaltskonsolidierung?

Wieder einmal steht der Wahlkampf vor der Tür und wir alle werden in Gesprächen, Diskussionen und an Infoständen für unsere Positionen kämpfen. Sicher werden wieder viele Fragen auftauchen zu den Themen, mit denen wir als LINKE antreten und bei denen wir auch unsere Alleinstellungsmerkmale haben. Manch ein Wähler wird fragen „Warum soll ich denn ausgerechnet Euch wählen, bewegt Ihr denn auch was?“ Beim Thema Mindestlohn können wir diese Frage sehr gut exemplarisch beantworten, denn wer wenn nicht wir hat dieses Thema wie ein Mantra seit ewigen Zeiten in die politische Debatte eingebracht?

Die von uns immer wieder in alle gesellschaftlichen Gruppen hinein getragene Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn kennt ihr alle. Heute, nach Jahren des Kampfes, ist diese Position scheinbar mehrheitsfähig. Scheinbar deshalb, weil zwischen den „ schwarzen Lohnuntergrenzen“ und dem Mindestlohn von Peer Steinreich bereits Differenzen bestehen.

Unser Mindestlohn von 10 € orientiert sich daran, was viele als eine zentrale Frage von sozialer Gerechtigkeit empfinden. Ein Betrag von 10 €, den man über ein komplettes, lückenloses Berufsleben erhält, führt im Rentenalter gerade einmal zu einer Rente knapp über der heutigen Grundsicherung; – wer weniger akzeptiert, dem muss man die Frage nach sozialer Gerechtigkeit stellen. Im übrigen, wer in unserem Land kann schon eine „lückenlose“ Erwerbsbiographie vorweisen?

Die Landesregierung hat sich nun, wenn auch sehr zögerlich und nicht wirklich umfassend, dafür entschieden, bei Aufträgen des Landes einen Mindestlohn von 8,50 € zu fordern. Die Folge sind Anträge und Debatten in den Kreisen, Städten und Kommunen unseres Landes, um wenigstens diese 8,50 auch dort umzusetzen. Selbstverständlich stellen wir unsere Anträge auf diesen Ebenen, wie auch im Landtag, weiter nach 10 €; leider haben wir derzeit dafür keine Mehrheiten.

Manchen unserer kommunalen Vertreter fällt jedoch der Spagat zwischen den Haushalten ihrer Kommunen und dieser Forderung schwer. Dabei gibt es gute Argumente, diese Anträge trotz angespannter Haushaltslagen zu stellen, - einige wollen wir euch - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - nennen, um euch für Anträge und Diskussionen argumentativ zu unterstützen:

- Fehlende Mittel in den Kommunen sind in erster Linie das Problem einer unzureichenden Finanzausstattung durch Bund und Land. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und angeblich toller Beschäftigungsstatistik sowie guter Inlandsnachfrage werden den Kommunen die Mittel vorenthalten. Geld für Rücklagen im Land (rund 1 Mrd. €) und Rettungsschirme im Bund ist vorhanden und auf Steuern wird freiwillig verzichtet (Stichworte: Möwenpicksteuer, Erbschaftssteuer). Trotz für 2013 anstehender Erbschaften in Höhe von 240 Mrd. € werden wohl beim Bund nur ca. 4 Mrd. € Erbschaftssteuer ankommen – es sei denn, die FDP setzt sich durch und diese Steuer fällt vollständig weg.

- Wenn bei öffentlichen Aufträgen keine Löhne gezahlt werden, die zu einer armutsfreien Rente führen – wo denn dann? Die öffentliche Hand muss zum Vorreiter werden, damit die Privaten folgen werden.

- Gute Mindestlöhne führen direkt zu höheren Einnahmen in der Kommune, da die sogenannten „Aufstocker“ weniger werden, was die öffentliche Hand entlastet. Gleichzeitig werden die Umsätze der Gewerbetreibenden vor Ort auf längere Sicht steigen und somit auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

- Mindestlöhne im Erwerbsleben reduzieren die Anzahl derjenigen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind.

- Haushaltskonsolidierung darf nicht zu Lasten derjenigen erfolgen, die mit ihrem Einkommen ohnehin schon am Rande des gesellschaftlichen Lebens stehen.

- Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß kann auch bedeuten, dass die eine oder andere geplante Investition erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden kann.

Sicher fallen euch noch weitere Argumente ein. Entscheidend im Wahljahr wird sein, dass wir diese Themen auf allen Ebenen auf die Tagesordnung setzen und klar machen, dass wir keine „Luftschlösser“ fordern, sondern für die Menschen kämpfen, die sonst keine Lobby haben. Dabei haben wir die Realitäten der Gegenwart immer im Blick, aber es bedarf auch einer Gegenbewegung zu dem, was andere versuchen – nämlich Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen in unserem Land. Es gilt gerade jetzt, klar und deutlich zu sagen, dass die Umverteilung von unten nach oben ein Ende haben muss.

Horst Krumpen / Roland Kargel

Irgendwie ist es grotesk

Im September 2001 hatte die US-Regierung den weltweiten Krieg gegen den Terror der angeblich überall präsenten Al-Qaida ausgerufen und ihn fleißig geführt mit dem Ergebnis, dass der Terror weltweit an Umfang und Intensität vorher nie gekannte Ausmaße erreichte.

Im Falle Syrien ist plötzlich alles ganz anders. Gruppen der Al-Qaida, verbunden mit anderen ausländischen Kämpfern terrorisieren seit Anfand 2011 das Land, zerstören Verkehrswege, Energie- und Wasseranlagen, Schulen, Krankenhäuser und Wohngebiete. Sie ermorden neben Sicherheitskräften Menschen aller Altersgruppen und Berufe, Journalisten, Lehrer, Arbeiter, Feuerwehrleute, ja sogar ganze Familien.

Doch diese vorwiegend aus Ausländern bestehenden Terrorbanden (unter den ca. 35 000 Kämpfern sollen nicht mehr als 3000 syrische Deserteure sein) werden von den USA, der Türkei und anderen NATO-Staaten ausgebildet, ausgerüstet und von arabischen Staaten rekrutiert und bezahlt.

Geführt werden sie von einer Auslandsopposition, die im November 2012 als »Syrische Nationale Koalition« neu formiert wurde.

Sind es die „guten Terroristen“, weil sie das herrschende Regime beseitigen sollen, das der westlichen Wertegemeinschaft und einigen arabischen Staaten im Wege steht, ein Regime, das sich den „Weltherrschern“ noch nicht untergeordnet hat?

Wie kann man es sonst erklären, dass die „westlichen Wertegemeinschaft“ diese Koalition zur alleinigen und einzig legitimen Vertreterin des „syrischen Volkes“ erhoben hat.

Es ist ziemlich schwer, sich vorzustellen, dass das syrische Volk von Leuten regiert werden will, die bisher nur Tod und Zerstörung ins Land brachten.

Bei den Parlamentswahlen vom September 2011 und den Kommunalwahlen vom Dezember hatte sich dieses Volk in der Mehrheit für die herrschende Regierung entschieden. Die innere Opposition erreichte 2 % und ist trotzdem an der heutigen Regierung beteiligt.

Im Fall Syrien wurde scheinbar nicht nur der Terrorbegriff neu definiert, sondern auch der der Demokratie. Schließlich wurde der Kampf gegen den Terror propagandistisch immer mit dem Kampf um Demokratie verbunden.

Die Führungsmitglieder der Syrische Nationale Koalition, vorwiegend lange im Exil lebende Syrer, wurden in Doha (Katar)auch „gewählt“, allerdings mehr ausgewählt - von der amerikanischen Außenministerin persönlich.

Gilt jetzt eine „Auslandsdemokratie“, weil neben der EU auch mehr als 100 andere Vasallen der USA diese Koalition anerkannt haben?

Was bleibt von Demokratie und Völkerrecht, wenn ausländische Staaten eine legitim gewählte Regierung durch eine Auslandsregierung ersetzen?

Ist diese Konstruktion eine neue Form der Kriegsführung gegen unliebsame Staaten?

Folgen ähnliche „Auslandsregierungen“ für Iran oder Belarus, Ukraine und andere, wenn diese Staaten sich nicht unterordnen?

Aktuell bleibt die Frage: Wird die NATO „ihre syrische Regierung“ an die Macht bomben?

Horst Neumann

Jahresausklang beim Freundeskreis

Der Freundeskreis Rosa Luxemburg beschäftigte sich in den Wochen vor dem Jahreswechsel hauptsächlich mit der Vorbereitung des Veranstaltungsplans für das erste Halbjahr 2013. Dafür wurden erstmals die BO der vier Kommunen einbezogen, in denen Veranstaltungen außerhalb von Wismar vorgesehen wurden. Sie wählten aus einem im Freundeskreis vorbereiteten Angebotspapier ihre Wunschthemen aus und reservierten langfristig Veranstaltungsräume. Dass nicht alle Wünsche bedient werden konnten, lag teils an begrenzten finanziellen Möglichkeiten, teils waren vorgesehene Referenten nicht verfügbar. Bei der bevorstehenden Arbeit am Plan für das 2. Halbjahr wollen wir versuchen, attraktive Ersatzangebote zu machen. Kontaktpersonen waren überall die BO-Vorsitzenden, für deren Unterstützung und auch für die von Ellen Raeschke bedanken wir uns herzlich; um sie zu entlasten, wäre es wünschenswert, wenn die Bemühungen um örtliche Kontaktpersonen für den Freundeskreis fortgesetzt würden. Schon jetzt nehmen wir gern Vorschläge für das 2. Halbjahr entgegen.

Neben der Vorbereitung auf 2013 wurde zusätzlich zum Plan 2012 gemeinsam mit dem Infocafé Theorie, Kritik und Cola am 11. Dezember im Tikozigalpa mit einer Lesung auf den kürzlichen Auftritt von Sarrazin in Wismar reagiert, wofür der Autor des Buchs „Anti-Sarrazin“, Sascha Stanicic, gewonnen wurde. Engagiert und faktenreich wandte er sich gegen die sozialpolitischen Vorstellungen Sarrazins aus dessen Buch „Deutschland schafft sich ab“, in dem dieser keineswegs unbequeme Wahrheiten ausspricht, sondern teils offen rassistische Thesen vertritt, teils wissenschaftlich völlig abwegige Zusammenhänge zwischen Genen und Intelligenz herbei-fabuliert. In der oft sehr emotional geführten anschließenden Diskussion wurden unterschiedliche Ansichten über das Entstehen rassistischer Positionen vertreten. Gegen die Erwartung, dass z.B. auch Migranten Anpassungsleistungen an die Mentalität des Gastlandes zu erbringen haben, machten Vertreter aus der jugendlichen Antifa-Szene geltend, dass wir fremdes Brauchtum auch als Bereicherung empfinden sollten.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN

Lutz Tannhäuser

Veranstaltungen RLS

21. Februar

Wismar, Beginn: 19.00 Uhr

Vortrag/Diskussion

Zukunftsgestaltung durch sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau

mit Prof. Dr. Wolfgang Methling

Ort: Wismar, Konferenzsaal , Alter Holzhafen 19

6./7. März

Wismar/Schönberg (2 Veranstaltungen)

Lesung/Gespräch

Einfach Leben – hüben wie drüben. Zwölf Doppelbiographien

mit Prof. Erika Maier

6. März: Beginn 19.00 Uhr, Ort: Schönberg

7. März: Beginn 18.00 Uhr, Ort: Café Lissy, Großschmiedestr. 1, Wismar

Das linke Ferienlager

Liebe Kinder, Eltern, Großeltern,

auch in diesem Jahr biete ich in der Zeit vom 23. Juni bis zum 28. Juni ein Ferienlager für 20 Mädchen und Jungen im Alter von 7 bis 12 Jahren an.

Für zwei Kinder, deren Eltern diese wunderschöne Woche nicht finanzieren können, übernehme ich gerne die Kosten.

Wir fahren nach Flessenow am Schweriner See, werden mit drei Mahlzeiten täglich verpflegt und werden durch ein tolles und abwechslungsreiches Programm eine unvergessliche Woche erleben.

Kistenklettern, Niedrigseilgarten, Floßbau mit Eckhardt Stelbrinck, Fußball-Schule, Schmuckgestaltung, der Besuch der Kinder-Akademie, eine Reptilienvorführung und eine einmalige Nachtwanderung sorgen für eine spannende Woche für die Kinder und eine entspannte Woche für die Eltern.

Bitte meldet euer Kind telefonisch unter 0162/9813025 an.

Ich freue mich auf eine schöne Woche mit den Lütten,

Simone Oldenburg

8. März 2013

Kapelle Weitendorf,
von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr
MdB Martina Bunge und MdL Simone Oldenburg laden ein zum...

Konzert mit "Reuters Fritzen". Feiern Sie mit uns Frauentag!

Kapelle Weitendorf bei Proseken, nur mit Voranmeldung, Männer sind ebenfalls willkommen.

Für links engagierte Menschen in Deutschland stand das Wochenende 12./13. Januar im Zeichen der Liebknecht–Luxemburg Demonstration und der Rosa Luxemburg Konferenz der „jungen Welt".

Die überzeugenden Teilnehmerzahlen an der traditionellen Liebknecht-Luxemburg Demonstration ließen den erstmaligen Spaltungsversuch durch eine Alternativdemonstration im Westteil der Stadt nicht ins Gewicht fallen. Aufgerufen zu dieser hatten vor allem sozialdemokratische Jugendorganisationen wie Jusos und Falken, aber auch Teile der Linksjugend. Die Mehrheit der Linksjugend folgte dem nicht. Auch die Linksjugend des Landesverbandes MV bekannte sich eindeutig zu den Zielen der traditionellen LL-Demo und rief zur Teilnahme an dieser auf.

Junge Leute kamen bereits am Vortag, beim Treffen von Arbeiterjugendvertretern zusammen.

Diese Veranstaltung erfolgte parallel zur 18. Rosa Luxemburg Konferenz der „jungen Welt" im Haus der Urania. Doch nicht nur sie verjüngten den Teilnehmerkreis der Konferenz, bei der ansonsten alle Generationen vertreten waren.

Bereits in den vergangenen Jahren habe ich über die RL-Konferenz berichtet. Der Besucherandrang war wieder enorm groß. So war es schwer, die vielen Stände der Verlage, Zeitungen und Organisationen im Erdgeschoß zu „durchforsten". Als schwer erweist sich bei der Vielfalt der Themen und Eindrücke auch die Auswahl für einen kurzen Bericht.

Internationale Solidarität wurde zu einem dominierenden Faktor. Zu Beginn erhoben sich die Anwesenden im Gedenken an die drei in Paris ermordeten kurdischen Aktivistinnen. Später wird eine Protestresolution verabschiedet, die auch die Aufhebung des PKK-Verbots verlangt.

Die Teilnehmer sandten einen Gruß an den erkrankten Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez. An die USA ging die Forderung zur Freilassung der in den USA inhaftierten »Miami Five«, Kubaner die gegen terroristische Aktionen gegen ihr Land gearbeitet hatten. Sie hatten eine Botschaft an die Konferenz geschickt, ebenso wie die politischen US-Häftlinge Mumia Abu-Jamal, Sundiata Acoli, seit 40 Jahren in Haft, David Gilbert, seit 32 Gefangener, und Oscar López Rivera (seit 32 Jahren).

Der US-Schriftsteller Dan Berger schilderte die Situation der Gefangenen in seinem Land, in dem etwa 2,5 Millionen Menschen eingesperrt sind. Das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten und Menschenrechte" verkörpert hier einen internationalen Spitzenwert. Auch 20 Jahre Isolationshaft sind in den USA möglich. Die Zahl der schweren Straftaten sinkt, aber nicht die Zahl der Inhaftierten. Die Präsidenten Nixen und Reagan hatten vor gut 30 Jahren durch Organisation von Drogenhandel und Drogenbekämpfung im Großmaßstab die Armut kriminalisiert. Die Drogenhändler, zu denen auch die CIA gehörte, wurden sehr reich und die Armen wurden eingesperrt.

Berichte aus Kuba gehören zu jeder Rosa Luxemburg Konferenz. Diesmal schilderte Luis Morlote, Präsident der Vereinigung junger kubanischer Schriftsteller, in seinem Referat: „Sozialismus bedeutet Gleichberechtigung" die breite Debatte über wirtschaftliche und soziale Veränderungen auf der Insel und betont die enorme Rolle, die Bildung, Wissenschaft und Kultur dabei zugemessen wird.

Ignacio Ramonet, Begründer von ATTAC und Chef von „Le Monde Diplomatique" Espanol greift das Konferenzmotto »Wer hat Angst vor wem?« auf und schildert: Die Medien Lateinamerikas sind in der Hand der Oligarchien. Sie organisieren Putsche, erleben aber nun, dass die linken Regierungen in einigen Ländern des Kontinents ihnen in die Quere kommen. Soviel Pressefreiheit hatten sie und ihre Freunde im Westen nicht vorgesehen.

Das Podiumsgespräch als Höhepunkt stand unter dem Motto: "Der Feind steht links" und befasste sich mit der gezielten politischen Einäugigkeit gegenüber rechtem Gedankengut und rechtem Verbrechertum.

Arnold Schölzel – Chefredakteur der „jungen Welt": Neonazis morden unter den Augen des Staates (seit 1990 fast 200 Menschen). Linke, die Widerstand leisten, bekommen die volle Härte des Gesetztes zu spüren. So ist die NSU keine Panne, sondern Konsequenz dieser Politik.

Die Verflechtung von Staat und rechtem Terror soll möglichst nicht aufgeklärt werden. Anfang 1990 wurde die Rede von den zwei Diktaturen erfunden, um die Linke in ihren angeblich diktatorischen Bestrebungen zu bekämpfen und die Rechte zu verharmlosen.

Die linke Anwältin Gabriele Heinecke erinnerte daran, dass die Gründer des Verfassungsschutzes Altnazis waren und stellte die rhetorische Frage, warum diese Organisation gegen Nazis vorgehen sollte.

Von den Anschlägen der Rechten in Mölln, Solingen Lübeck, Lichtenhagen und anderen Orten hat der Verfassungsschutz im Vorfeld nichts mitbekommen und tat sich auch bei der Verfolgung der Täter schwer.

Gegen links war der Verfassungsschutz immer eifrig – FDJ- und KPD Verbot, Berufsverbote, die Jagd nach angeblichen Sympathisanten der RAF, Anklagen nach § 129 oder Blockierer von Naziaufmärschen.

Bodo Ramelow (Die Linke) erzählte von den Nazis, die 1990 nach Thüringen kamen und z.B. die militante Wehrsportgruppe Hoffmann aufbauten. Er rief auf, im Kampf um die Aufklärung der NSU Morde und gegen die Vertuschungsversuche von Regierung und Verfassungsschutz nicht nachzulassen.

Horst Neumann

Martina Bunge gewählt!

Die Vertreter/innenversammlung der LINKEN im Bundestagswahlkreis 13 hatte am 19. Januar zwischen Dr. Martina Bunge und Hans-Georg Woest zu entscheiden, wer Direktkandidat/in für Ludwigslust-Parchim II - Nordwestmecklenburg II - Landkreis Rostock I für DIE LINKE werden soll.

Die jetzige Bundestagsabgeordnete konnte sich am Ende mit 75 % der Stimmen durchsetzten. Herzlichen Glückwunsch!

Martina Bunge verwies in ihrer kurzen Vorstellungsrede darauf, dass sie sich aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik aber auch aufgrund der Tatsache, dass sie das Thema Rentenpolitik mit der besonderen Problematik der Ostrenten seit der Wende als eine der ganz wenigen im Bundestag kontinuierlich betreut hat, entschlossen hat, noch einmal für den Bundestag zu kandidieren. Gerade in einer Zeit, in der die Kanzlerin ihr Versprechen der letzten Wahl nicht eingelöst hat, die Ostrenten endlich anzugleichen und in der alle von Altersarmut reden, die direkt im Alltag zu spüren ist, braucht es eine Kraft, die dieses Thema im Bundestag weiter voranbringt. Gerade jetzt ist es aus ihrer Sicht erforderlich, ein soziales Korrektiv für die Menschen, die eben keine starke Lobby haben, wieder zu stärken. Es braucht eine linke Kraft, die den Mindestlohn in der nächsten Wahlperiode angeht und auch beim Thema Millionärssteuer und Kinderarmut die nächste Regierung vorantreibt.

Dietmar Bartsch im Rennen!

Am 18. Januar trafen sich Vertreter der LINKEN im Bundestagswahlkreis 12, der das Territorium des ehemaligen Landkreises Ludwigslust, die Landeshauptstadt Schwerin und den westlichen Teil des Landkreises Nordwestmecklenburg umfasst.

Die Versammlung in der Landeshauptstadt Schwerin hat den Bundestagsabgeordneten Dr. Dietmar Bartsch mit einem sehr guten Ergebnis, er erreichte 96,6 %, zum Direktkandidaten gewählt.

In seiner Vorstellung machte er klar, dass eine starke LINKE der einzige Garant dafür ist, dass die Interessen der Menschen, die von der herrschenden Politik benachteiligt und ausgegrenzt sind und um Zukunftschancen betrogen werden, im Bundestag auf die Agenda gesetzt werden.

Die LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich konsequent und beharrlich für die Interessen der Menschen im Osten einsetzt. Deshalb geht es vor allem um die Themen Ostdeutschland, soziale Gerechtigkeit, bezahlbare Mieten und Energie, Arbeitsplätze, gerechte Löhne und armutsfeste Renten.

Der bevorstehende Wahlkampf braucht das Engagement der gesamten Partei und vieler Sympathisanten. Dietmar Bartsch will all seine Kraft und sein politisches Gewicht einbringen, damit die LINKE im Wahlkreis einen gewichtigen Beitrag zum Wahlergebnis der LINKEN in M-V und im Bund leistet. Dabei hat das sehr gute Ergebnis als Direktkandidat 2009 die Latte hoch gelegt und ist für ihn und seine Unterstützer Ansporn. Für Dietmar Bartsch steht fest: "Ich will in diesem Wahlkreis gewinnen."

Der Reichstagsbrand und der Schauprozess

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude in Berlin. Der Brand beruhte auf Brandstiftung. Am Tatort festgenommen wurde Marinus van der Lubbe, der angeblich im Auftrag der Kommunisten handelte.

Der Reichstagsbrand fiel mitten in den Wahlkampf für die Reichstagswahl vom 5. März 1933. Daher kam er den Nationalsozialisten sehr gelegen, um ihre politischen Gegner auszuschalten. Bereits bevor der Brand bekannt war, wurden die Kommunisten dafür verantwortlich gemacht.

Hitler verkündete noch in der Brandnacht:

„Es gibt jetzt kein Erbarmen; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht... Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr."

Am 28. Februar 1933 wurde die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (Reichstagsbrandverordnung) erlassen. Damit wurden die Grundrechte der Weimarer Verfassung praktisch außer Kraft gesetzt.

Die Parteibüros der KPD wurden geschlossen und zahlreiche Funktionäre der Partei in die so genannte Schutzhaft genommen. Allein in Berlin wurden 1.500 Mitglieder der KPD festgenommen. Darunter war fast die gesamte Reichstagsfraktion. Bis Mitte Mai 1933 wurden allein in Preußen über 100.000 politische Gegner, die Mehrzahl Kommunisten, verhaftet und in provisorische Konzentrationslager und Folterkeller gebracht.

Da der festgenommene Marinus van der Lubbe angeblich auch Verbindung zur SPD zugegeben hatte, geriet auch diese Partei in den Fokus der Behörden.

Der Schauprozess

Vom 21. September bis 23. Dezember 1933 fand vor dem 4. Strafsenat des Leipziger Reichsgerichts der Prozess gegen „van der Lubbe und Genossen" statt.

Dass das Verfahren für die Hitler-Regierung zu einem Bumerang geriet und sich in der Weltöffentlichkeit die Überzeugung von der Schuld der Nazis am Reichstagsbrand durchsetzte, ist vor allem das Verdienst des Mitangeklagten Georgi Dimitroff, der sich couragiert und mit großem Geschick selbst verteidigte und seine Verteidigung in eine Anklage der Hitler-Regierung verwandelte.

Eine wichtige Rolle spielte daneben das von antifaschistischen deutschen Emigranten unter Leitung von Willi Münzenberg verfasste und im Sommer 1933 veröffentlichte „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror", das die Nazis der Brandstiftung anklagte.

Infolge der insbesondere im Braunbuch erhobenen Anschuldigungen sah sich die Prozessführung gezwungen, auch Nazi-Größen wie Göring und Goebbels vor Gericht als „Zeugen" zu laden

Berühmtheit erlangte das Rededuell zwischen dem intellektuell weit überlegenen Dimitroff und dem aufbrausenden Göring, der sich von Dimitroff wie auf Knopfdruck in seiner ganzen Anmaßung und Brutalität vorführen ließ. Das Urteil selbst bedeutete für die Nazi-Führung eine gewaltige juristische und moralische Niederlage. Die mitangeklagten Kommunisten mussten „mangels Beweisen", wie es hieß, freigesprochen werden. Zum anderen hatte der Prozessverlauf, vor allem die Gutachten der Brandsachverständigen, die Unmöglichkeit einer Alleintäterschaft des Holländers Marinus van der Lubbe erwiesen und den Verdacht erhärtet, dass die NSDAP selbst in die Brandstiftung verwickelt war.

Sonja Bahlk

Liebe Leser, die Redaktion hat Uwe Kurzbein von der Kommune Olgashof gebeten, in einer Fortsetzungsreihe über die Kommunebewegung zu berichten, wie sie sich u. a. in der Alt-BRD und nach 1990 auch im Beitrittsgebiet, darunter in unserer Nachbarschaft, entwickelt hat, - mitunter noch misstrauisch beäugt oder ignoriert. Sie folgt den Idealen eines egalitären, herrschaftsfreien Zusammenlebens und galt in unserer Herkunftspartei ob ihrer anarchistischen Prägung als Abweichlertum von der reinen Lehre. Der in Kommunen nicht nur propagierten, sondern auch gelebten Ablehnung kapitalistischer Unterdrückungsstrukturen sollten wir unsere Achtung nicht versagen. Hier die erste Folge seines Textes.

Agitation der Tat

Der Begriff Kommune meint in diesem Zusammenhang auf „freien Vereinbarungen“ gebildete linksegalitäre Gemeinschaften. Menschen versuchen also, ohne Hierarchie, ohne Herrschaft, miteinander zu leben. Leben bedeutet für mich die Ganzheitlichkeit der Existenz. Das hat Konsequenzen.

Ich bin im Westen aufgewachsen und habe, arbeitend, am Rande das beobachtet, was wir unter 68 verstehen. 1972 bin ich, als ich in Braunschweig mit meinem zweiten Studium anfing, holprig in das gerutscht, was wir seinerzeit als “Politik“ bezeichnet haben. Unsere Kritik belief sich auf die bekannte Kapitalismuskritik, was als Echo zur Folge hatte: „Wenn es Euch nicht passt, dann geht doch nach drüben“.

Ohne jetzt auf die spannenden näheren Umstände zu kommen, konnten wir, also ich und noch etwa 15 Leute, die mittelalterliche Burganlage Lutter am Barenberge kaufen. Dort hatten wir ein Gelände und die Voraussetzungen, um experimentell so zu leben, wie wir es uns vorstellten. Das war kein Widerstand gegen das bestehende System, sondern der Versuch, die Utopie, die ich und meine Freunde im Kopf hatten, umzusetzen. Das war die Agitation der Tat. Als wir anfingen, wussten wir nicht, worauf wir uns einlassen würden. Das bedeutet nicht, dass ich mich aus den politischen Ereignissen und den Widerstandsbewegungen herausgehalten habe.

Mittlerweile lebe ich 32 Jahre in einer Kommune. Davon nunmehr 15 Jahre auf dem Olgashof in der Nähe von Wismar. Unterdessen gibt es viele ganz unterschiedliche Gemeinschaften. Die linken egalitären Kommunen sind vernetzt und kooperieren auf vielfältige Weise miteinander.

An dieser Stelle will ich die Strukturen schildern, die sich unter dem Begriff „egalitär“ entwickelt haben. Zuerst einmal, als Basis des Lebens, braucht jeder Mensch einen Platz, an dem er seinen Hintern hinsetzen kann, ohne dass er Gefahr läuft, verjagt wird zu werden. Daraus folgt, dass der Grundbesitz sozialisiert ist, was in diesem Fall bei uns bedeutet, dass das Gelände jedem gehört, der oder die sich entschlossen hat, hier zu leben. Und zwar unabhängig von Geld, Vermögen, Arbeit, Alter. Der andere Strukturpunkt beinhaltet die Frage nach der Ökonomie. Alle, die hier auf diesem Gelände sind, arbeiten und verdienen hier das Geld, das sie zum Leben brauchen. Auf dem Olgashof beteiligen sich alle an den Kosten für das Gelände. In meiner Heimatkommune hatten wir einen gemeinsamen Topf, in den alles hinein aber auch alles herausging. Auch das funktionierte. Auf dem Olgashof haben wir es anders begonnen. Aber die Egalität bedeutet auch, dass wir nicht lohnabhängig arbeiten und auch keine Angestellten für uns arbeiten lassen. Die damit verbundene Herrschaftslosigkeit hat zur Folge, dass wir keine Bankschulden haben. Wenn, wie zum Beispiel für die biologische Kläranlage, nicht genug Geld da ist, helfen uns andere Kommunen mit Darlehen, die wir peu à peu zurückzahlen.

Soweit erst einmal zu Beginn. Ich werde im nächsten Essay darüber erzählen, was für uns wichtig geworden ist. Eines jedenfalls ist hier überdeutlich: Alles was wir hier machen, hat ablesbare Konsequenzen.

Bis in zwei Monaten wieder.

Euer Uwe Kurzbein vom Olgashof

Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar 2013 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besondere Glückwünsche gehen an unsere Genossin Anneliese Witt zum 91. und an die Genossin Maria Steinke und den Genossen Bruno Kerbstat zum 89. Zum 87. gratulieren wir Genossin Luise Schulz. Den 86. Geburtstag feiert Genosse Heinrich Lenke und 85. Jahre wird Genosse Gerhard Gorzitza. Glückwünsche zum 84. erhalten Genossin Christa Weise und die Genossen Manfred Fischer und Gerhard Vorbröcker. Zum 83. Geburtstag gratulieren wir dem Genossen Hermann Büschel und den 81. können die Genossinnen Edith Knöfel und Erika Schmidt sowie Genosse Lothar Marek feiern. Herzliche Glückwünsche zum 80. gehen an Genossen Horst Bachmann.

Zum 75. gratulieren wir den Genossinnen Luise Krüger, Barbara Schiperski und Ursula Rose sowie dem Genossen Günther Bruns.

Glückwünsche zum 70. Wiegenfest erhält Genosse Herbert Groß und zum 65. gratulieren wir Genossin Helga Arndt. Zum 60. gehen Glückwünsche an die Genossin Birgit Kaluza sowie an die Genossen Michael Gericke,Wolfgang Schultheiß, Uwe Paeper und Reinhard Sieg.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Ein Datum korrigiert allenfalls das Alter, nicht aber die Gesinnung.

die WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband
DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG
Am Schilde 7a, 23966 Wismar
Redaktion:
Sonja Bahlk, Werner Bandomir, Helga Brauer, Horst Neumann, Horst Krumpen, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke
Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Nächster Redaktionsschluss: 25.03.13